

Selma Cristina Silva de Jesus

Neue gewerkschaftliche Handlungsfelder in Brasilien Der Dachverband CUT und die solidarische Ökonomie*

Keywords: Trade unionism, cooperativism, Central Única dos Trabalhadores, political representation.

Schlüsselwörter: Gewerkschaften, Kooperativismus, Central Única dos Trabalhadores, politische Repräsentation

Zahlreiche AutorInnen sind sich in der Einschätzung einig, dass die brasilianische Gewerkschaftsbewegung seit 1990 durch die Veränderungen in Folge der kapitalistischen Umstrukturierung in eine Krise geriet.¹ Diese Veränderungen haben eine neue Arbeitswelt in Brasilien hervorgebracht, zu deren Kennzeichen die prekären Arbeitsverhältnisse und die strukturelle Arbeitslosigkeit avancierten. In diesem Kontext konnte man einerseits einen verringerten gewerkschaftlichen Organisationsgrad, einen Rückgang von Streiks und eine stärkere Institutionalisierung und Bürokratisierung der Gewerkschaften beobachten. Andererseits hat aber der größte brasilianische Gewerkschaftsdachverband *Central Única dos Trabalhadores* (CUT) neue Agenden und politische Strategien übernommen, um den entstehenden Herausforderungen zu begegnen. Unter den neuen Themen für den Kampf stechen folgende hervor: die Rassen- und Geschlechterbeziehungen (vgl. den Beitrag von Ebenau & Nickel in diesem Heft, S. 158ff) sowie die solidarische Ökonomie.

In diesem Artikel werden wir uns auf die Analyse der Erfahrungen der CUT im Bereich der solidarischen Ökonomie beschränken, um folgende Fragen zu beantworten:

* Dieser Text präsentiert in zusammengefasster und aktualisierter Form einige der Ergebnisse der Promotion *Da „cidadania regulada“ à cidadania regressiva. Um estudo de caso do projeto de cooperativismo urbano da CUT (Von der „regulierten Staatsbürgerschaft“ zur regressiven Staatsbürgerschaft. Eine Fallstudie des städtischen Genossenschaftswesens der CUT)* an der Bundesuniversität von Bahia. Die Feldarbeit und die Beschaffung sekundärer und bibliografischer Daten erfolgten zwischen 2006 und 2010; 2012 und 2013 wurden die Daten aktualisiert.

1 Alves 2000; 2002; Antunes 1997; Rodrigues 1998; Noronha 2009; Pochmann u.a. 1998; Druck 1996; 1999.

1. Auf welcher Grundlage lässt sich die Integration der solidarischen Ökonomie in die Handlungsfelder der CUT erklären?
2. Waren die Experimente der CUT mit der solidarischen Ökonomie im städtischen Umfeld dabei erfolgreich, den Notwendigkeiten der Schaffung von Einkommen und politischer Repräsentation der ArbeiterInnenschaft als Ganzes zu entsprechen, auch jenseits des Bereichs der Lohnarbeit?

Zur Beantwortung der oben genannten Fragen haben wir eine umfangreiche bibliographische Studie zum Thema durchgeführt, sekundäre Daten erhoben und Feldforschung in insgesamt 15 solidarischen Unternehmungen betrieben, die von der ADS-CUT² im Bundesstaat Bahia unterstützt werden.

Der Artikel ist in drei Teile strukturiert: Im Ersten schneiden wir kurz die von der CUT verfolgten politischen Strategien angesichts der seit Beginn der 1990er Jahre sich vollziehenden Veränderungen der Arbeitswelt an. Im zweiten richten wir unseren Blick auf die Diskussion über die Elemente, die die Integration der solidarischen Ökonomie und die Gründung der ADS durch die CUT erklären. Anschließend analysieren wir die Arbeit der ADS-CUT in den besagten 15 solidarischen Unternehmungen und versuchen dabei zu ermitteln, ob das Projekt des städtischen Genossenschaftswesens der CUT bei der Schaffung von Einkommen und der politischen Repräsentation der ArbeiterInnenklasse in ihrer Gesamtheit Erfolg hatte.

Die CUT in den 1990er und 2000er Jahren

Seit den 1980er Jahren durchläuft der globale Kapitalismus eine Phase der Restrukturierung. Dieser Prozess wird durch die Globalisierung, die Restrukturierung der Produktion und den Neoliberalismus³ gekennzeichnet. In Brasilien entstand durch das Zusammentreffen dieser Veränderungen eine „neue und prekäre Arbeitswelt“, die vor allem durch eine Krise der Lohnarbeit, hohe Arbeitslosenraten (insbesondere in den 1990er Jahren) und durch das Aufkommen neuer (und prekärer) Formen der Beschäftigung charakterisiert ist (Alves 2000).

Dynamik der Arbeitswelt im Brasilien der 1990er und 2000er Jahre

Entsprechend den Daten des brasilianischen Statistikinstituts *Pesquisa Nacional por Amostra de Domicílios/Instituto Brasileiro de Geografia e*

2 *Agência de Desenvolvimento Solidário* – Agentur für solidarische Entwicklung der CUT (s.u.; Anm. d. Ü.).

3 Zur Vertiefung dieser Diskussion s. Druck 1999.

Estatística (PNAD/IBGE) stieg die Arbeitslosenrate in Brasilien in den 1990er Jahren deutlich, vor allem, wenn man sie mit den Raten des vorangegangenen Jahrzehnts vergleicht. Schwankte sie in den 1980er Jahren noch zwischen 2% und 4% erreichte sie 1996 ein Niveau von 9,4%. Bis nach der Jahrtausendwende blieb das Niveau hoch. Das historische Maximum von 9,6% wurde im Jahr 2003 erreicht. Mit der Amtsübernahme durch die Regierung von Luis Inácio Lula da Silva (genauer ab 2004) begann die Arbeitslosenrate zu sinken und erreichte 6,7% im 2011. José Dari Krein (2013) stellt fest, dass im Zeitraum 2004-2009 eine Zunahme der formalen Arbeitsverhältnisse um 24% erfolgte. Dennoch stellte die Erholung des Arbeitsmarkts weder einen Bruch mit der generellen Situation sozialer Ungleichheiten noch eine Trendwende auf dem brasilianischen Arbeitsmarkt dar. Die Zahl der Arbeitslosen ist in Brasilien noch immer groß: Im Jahr 2013 waren nach Angaben von PNAD/IBGE 1,3 Millionen Menschen ohne Erwerbsarbeit.

Während der Regierungszeit von Lula da Silva und seiner ebenfalls der sozialdemokratischen *Partido dos Trabalhadores* (PT, Arbeiterpartei) entstammenden Nachfolgerin Dilma Rousseff vollzog sich eine Erhöhung der Löhne und Sozialausgaben, eine Tatsache, die zur Verbesserung der Einkommensverteilung in Brasilien beitrug, insbesondere im Hinblick auf die Arbeitseinkommen. Diese Verbesserung in Verbindung mit der Politik der Kreditausweitung förderte das Wirtschaftswachstum, das nach Luiz Filgueiras (2013) mehr vom internen Markt als durch den Export induziert wurde. Die Verbesserung der Arbeitsmarktindikatoren war mit der ökonomischen Dynamik der Periode, mit Wachstumsraten von jährlich etwa 4,5% (Krein 2013), verbunden. So gelang es Brasilien bis 2007, d.h. während der zweiten Amtszeit Lulas, bedingt durch die Abwertung der nationalen Währung im Jahr 1999 und den Eintritt Chinas in die Welthandelsorganisation im Jahr 2011, hohe Zahlungsbilanzüberschüsse zu erzielen (Filgueiras 2013). Auf diese Weise steht die Erholung der brasilianischen Wirtschaft in Verbindung mit dem aufsteigenden ökonomischen Zyklus, der von den USA und China angetrieben wurde und positive Effekte in allen rohstoffproduzierenden Ländern an der Peripherie des kapitalistischen Systems zeitigte.

Die Dynamik von Arbeit und Beschäftigung in den 1990er und 2000er Jahren stellte die brasilianische Gewerkschaftsbewegung vor unzählige Herausforderungen. In diesem Kontext ließen sich einerseits ein verringertes gewerkschaftlicher Organisationsgrad, weniger Streiks und eine stärkere Institutionalisierung und Bürokratisierung der Gewerkschaften verzeichnen. Andererseits übernahm der Gewerkschaftsdachverband CUT ein neues, als alternativ bezeichnetes Gewerkschaftsmodell. Im Rahmen dieses neuen

Modells entwickelte die CUT neue Agenden und politische Strategien als Antwort auf die beschriebenen Herausforderungen. Wie wir im Folgenden darstellen werden, integrierte der Dachverband die solidarische Ökonomie als Leitlinie für die Konstruktion einer Politik für Arbeit und Einkommen sowie für die politische Repräsentation der informellen wie der angestellten ArbeiterInnen.

Das alternative Gewerkschaftsmodell der CUT in den 1990er und 2000er Jahren

Die CUT wurde 1983 im Kontext der Wiederbelebung der Gewerkschaftsbewegung gegründet. In der Folge avancierte sie zu einem wichtigen politischen Akteur im Kampf um das Ende der Militärdiktatur. Ende der 1970er Jahre gelang es den Gewerkschaften im Kampf um die Re-Demokratisierung des Landes nach mehr als 20 Jahren Militärregime sowohl spezifische Gewerkschaftsforderungen als auch allgemeingesellschaftliche Forderungen zu vertreten. In den 1990er Jahren veränderte sich die CUT signifikant, sowohl quantitativ als auch qualitativ. Was sind die grundlegenden Indikatoren dieser Veränderung?

In quantitativer Hinsicht hatte die CUT ein deutliches Wachstum zu verzeichnen. 2013 repräsentierte sie so 24 Millionen ArbeiterInnen, von denen fast 7,8 Millionen Gewerkschaftsmitglieder waren. Im selben Jahr gab es 4.000 Einzelgewerkschaften, die der CUT angehörten (Rodrigues & Ladosky 2015).

Mit Bezug auf die stärker qualitativen Veränderungen übernahm die CUT, wie oben bereits angedeutet, seit den 1990er Jahren ein alternatives Gewerkschaftsmodell. Das Hauptcharakteristikum dieses Modells ist die Erarbeitung von Lösungsvorschlägen für die Probleme der ArbeiterInnenklasse mit der Zielsetzung, diese in den für das brasilianische System der industriellen Beziehungen typischen tripartistischen Foren zu verhandeln. Die Mehrheitsströmung der CUT vertrat die Position, dass es nötig sei, das als rein defensiv und fordernd eingestufte Modell gewerkschaftlichen Handelns der 1980er Jahre aufzugeben. Aus der Sicht der GewerkschaftsführerInnen der CUT war es erforderlich, von einem Gewerkschaftsmodell, das sich nur gegen die Probleme stellte, zu einem Gewerkschaftsmodell überzugehen, das Alternativen und konkrete Lösungen vorschlägt:

„Früher war das Motto nur der Widerstand, und der gewerkschaftliche Kampf war vor allem ein demokratischer Kampf. Jetzt ist es nötig, mit dem Widerstand fortzufahren, aber klar die Vorschläge unserer Klasse darzustellen und sie den Vorschlägen der brasilianischen Eliten entgegenzustellen. In der gegenwärtigen

Situation kommt die einfache und simple Ablehnung der von den Eliten vertretenen Reformen einer konservativen Position gleich, die den von den Militärs ererbten und durch die Verfassung von 1988 nur teilweise modifizierten *Status quo* aufrechterhalten will.“ (CONCUT 1997: 38)

Mit ihrem alternativen Gewerkschaftsmodell hat die CUT ausgleichender Politik und partizipativen Strategien Vorrang eingeräumt. Das Modell als solches erscheint angemessen, allerdings liegt eine Schwierigkeit in der Notwendigkeit, „realistische“ Alternativen erarbeiten zu müssen. Dies bedeutet, dass sich die Alternativen auf die Rahmenbedingungen des Kapitalismus beschränken müssen, d.h. sie müssen von UnternehmerInnen und Regierung als realisierbar angesehen werden. Es geht also darum, die Praktiken der Versöhnung zwischen den Klassen wiederaufzunehmen, die in den 1980er Jahren so sehr von der CUT kritisiert worden waren. Während sich die Aktivitäten der Gewerkschaftsbewegung in den 1980er Jahren auf massenhafte Mobilisierung stützten, gibt sie in den 1990er Jahren Verhandlungen und der Konzertation mit UnternehmerInnen und Regierung den Vorrang und strebt danach, ihre Beteiligung in institutionellen Feldern auszuweiten (tripartistische Foren, tripartistische Räte usw.).

Während der Amtszeit der Regierung Lula verstärkte sich die auf Verhandlungen und Partizipation gestützte Strategie der CUT. Somit gelangte der Dachverband auf dem 9. Bundeskongress CONCUT im Juli 2006 in São Paulo zu der Einschätzung, dass es nötig ist, die Verhandlungsrolle zu vertiefen:

„Eines der herausragenden Elemente der Strategie für die kommende Periode liegt in der Ausweitung der Verhandlungsrolle des Dachverbands. Die Ausweitung und Vertiefung neuer Dimensionen für die kollektiven bipartistischen (mit den Arbeitgebern des privaten oder des öffentlichen Sektors) und tripartistischen Verhandlungen (private UnternehmerInnenschaft, Regierung und Gewerkschaftsvertretungen), ermöglichen neue Errungenschaften und Rechte und erlauben eine stärkere Einbindung des Dachverbands in die allgemeinen Kämpfe der ArbeiterInnen.“ (CONCUT 2006: 46)

In der Tat setzte die Regierung Lula auf eine politisch-institutionelle Koopierung der Gewerkschaftsführungen, wie Filgueiras (2006) aufzeigt. Diese Tatsache trägt zu einer Vertiefung der Repräsentationskrise der Gewerkschaften bei, welche mit tiefgreifenden Veränderungen in der Zusammensetzung der ArbeiterInnenklasse begann. Kurz gesagt konstruierte und verstärkte der Expräsident Lula da Silva ein Bild in der sozialen Vorstellungswelt, nach dem eine Verbindung zwischen seiner Regierung, der PT und den Gewerkschaften bestehen. Filgueiras (2006) sieht dafür zwei Faktoren verantwortlich: Zum einen war Lula selbst einer der herausragenden Führer

der „neuen Gewerkschaftsbewegung“ und trug folglich die Wiederkehr der Gewerkschaften auf die politische Bühne Brasiliens Ende der 1970er Jahre mit. Daraus resultierte eine Identifikation eines guten Teils der GewerkschafterInnen mit der Regierung Lula („der Präsident der ArbeiterInnen“).

Zum zweiten vertiefte die Verteilung von Ämtern an die wesentlichen Führungspersonlichkeiten der Gewerkschaften den Prozess der politisch-institutionellen Kooptierung: Maria Celina D’Araújo (2009) beschreibt in einer Studie über das Profil der MinisterInnen und StaatssekretärInnen (mit MinisterInnenstatus) auf Bundesebene, dass von den zwischen 1985 und 2008 registrierten 346 MinisterInnen nur 11% über Verbindungen zu den Gewerkschaften verfügten. In Lulas erster Amtszeit lag dieser Wert bei 27% aller MinisterInnenposten, in der zweiten Amtszeit immer noch bei 16%.

Eine weitere Maßnahme der Regierung Lula, welche die Verbindungen zwischen Gewerkschaftsdachverbänden und den Staatsapparaten verstärkten, war die Verabschiedung des Gesetzes 11648/08. Damit erhielten die Gewerkschaftsdachverbände das Recht auf Zwangsbeiträge, die von allen angestellten ArbeiterInnen unabhängig von ihrer Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft eingezogen werden. Somit konnten die Gewerkschaftsdachverbände, gestärkt durch eigene Einkünfte, ihr (bereits zuvor existierendes) autonomes Auftreten gegenüber ihren Mitgliedsgewerkschaften stärken. Auch bildeten sich mit Blick auf die Einkünfte aus der Gewerkschaftssteuer zahlreiche neue Gewerkschaftsdachverbände, so dass es im Jahr 2013 in Brasilien ganze zwölf Dachverbände (davon sieben nach Einführung des Gesetzes gegründet) gab. Ironischerweise unterzeichnete so mit Präsident Lula eine der Ikonen der „neuen Gewerkschaftsbewegung“ ein Gesetz, das bewirkte, dass die CUT genau den „neuen“ Charakter der Gewerkschaftsbewegung ablegte, der Ende der 1970er Jahre und 1980er in der Kritik der staatlichen Einmischung in die Gewerkschaften und ihre Organisationsstruktur seinen Ursprung gehabt hatte.

In der Gesamtschau vollzog sich unter den Regierungen Lulas also eine Verstärkung der auf Kollaboration ausgerichteten Elemente des alternativen Gewerkschaftsmodells der CUT. Dazu trug die stärkere Vertretung von GewerkschafterInnen in Schlüsselpositionen der Staatsapparate und öffentlicher Unternehmen ebenso bei wie die Gesetzgebung bezüglich der Dachverbände. Das alternative Gewerkschaftsmodell konvergierte mit Ideen und Praktiken sogenannter „BürgerInnengewerkschaften“. Hinter diesem Oberbegriff verbirgt sich eine Betonung der gewerkschaftlichen Teilhabe in den Institutionen und der Erbringung von Dienstleistungen für ArbeitnehmerInnen, seien diese nun Mitglieder oder nicht. Gestützt auf das Modell der BürgerInnengewerkschaft gehen die Gewerkschaften häufig dazu über,

ähnlich wie Nichtregierungsorganisationen zu agieren und in Assoziation mit Regierung und anderen Institutionen der Zivilgesellschaft öffentliche Dienstleistungen zu erbringen, welche zuvor in der Verantwortung des Staates lagen. Im Bereich der Arbeitsmarktpolitik bietet die CUT etwa Kurse zur beruflichen Ausbildung an und ist in der Arbeitsvermittlung aktiv (Galvão 2003). So wird der Klassencharakter der Gesellschaft abgeschwächt bzw. tritt in den Hintergrund. Auch die Aktivitäten zur Schaffung von Einkommensmöglichkeiten im Bereich der solidarischen Ökonomie, etwa durch die Förderung von Genossenschaften, sind in diesem Zusammenhang zu betrachten. Dies wird im Folgenden im Mittelpunkt stehen.

Die CUT und die solidarische Ökonomie: Perspektiven und Herausforderungen

Wie erwähnt, hat die Dynamik der Arbeitswelt die Gewerkschaften in Brasilien vor neue Herausforderungen gestellt. Vielleicht die wichtigsten sind die Schaffung von Arbeit und Einkommensmöglichkeiten und die politische Repräsentation von informellen ArbeiterInnen⁴ und Arbeitslosen hervor. Seit Ende der 1990er Jahre wandte sich die CUT der solidarischen Ökonomie als Weg, auf diese Notwendigkeiten zu antworten, zu. Solidarische Ökonomie wird verstanden als „Sektor der Wirtschaft mit verschiedenen gemeinschaftlichen Produktionsformen, insbesondere Genossenschaften und Projekten auf Gegenseitigkeit“ (Santos 2002: 35). Solche Formen der Zusammenarbeit operieren zumindest theoretisch auf der Basis einer anderen Logik als man sie im kapitalistischen Markt findet. Im Gegensatz zur kapitalistischen Wirtschaft, die auf den Prozess der Kapitalakkumulation konzentriert ist und auf Grundlage von Konkurrenzbeziehungen funktioniert, ist die solidarische Ökonomie nach den Prinzipien und Werten der Zusammenarbeit strukturiert und beinhaltet gemeinschaftliche Eigentumsformen (Singer 2002: 83).

Die Solidarische Ökonomie in der Agenda der CUT

In diesem Kontext gründete die CUT 1999 die *Agência de Desenvolvimento* (ADS, Agentur für solidarische Entwicklung), mit der erklärten Absicht, das Genossenschaftswesen zu fördern. Die Gründung der ADS – und in der Folge die Einbeziehung der solidarischen Ökonomie in das gewerkschaftliche Strategierepertoire – fand inmitten einer Serie von Konflikten

4 Informelle ArbeiterInnen sind im hier verwendeten Verständnis diejenigen, die ohne formellen Arbeitsvertrag arbeiten und deshalb in der Regel keinen Zugang zu den Arbeitsrechten haben, etwa Urlaub, dreizehntes Monatsgehalt, bezahlte wöchentliche Ruhezeit usw.

statt, bei denen es um die unterschiedlichen Positionen bezüglich des alternativen und bürgerschaftlichen Gewerkschaftsmodells ging. Thema waren auch die Grenzen und Möglichkeiten der solidarischen Ökonomie selbst. Die Analyse dieser Debatte zeigt, dass die Kritik an der Unterstützung der Gewerkschaftsbewegung für die solidarische Ökonomie vor allem auf zwei drohende Gefahren abzielte: zum einen auf das Risiko, eine paradoxe Situation zu schaffen, in der genossenschaftliche ArbeiterInnen ohne Arbeitsrechte rechtlich geschützten LohnarbeiterInnen gegenüberstehen; zum anderen auf das Risiko, dass Genossenschaften sich in Vermittler für die Auslagerung von Arbeitsplätzen verwandeln und auf diese Weise eine strategische Funktion im Prozess des *outsourcing* spielen.

Andererseits sah die CUT, genauer ihre Mehrheitsströmung *Articulação Sindical*, mit der Übernahme des neuen Gewerkschaftsmodells in der solidarischen Ökonomie einen Weg für die Stärkung einer Politik für Arbeit und Einkommen für die informellen oder arbeitslosen ArbeiterInnen sowie deren politische Repräsentation, in den Worten von Reginaldo Sales Magalhães und Remígio Todeschini⁵ (2003: 146):

„Die Rezession und die Restrukturierung der Produktion mit ihren Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt haben auch starke Auswirkungen auf gewerkschaftliches Handeln, das sie in eine Klemme bringen [...]. Auf der Ebene der Organisation verringert sich die traditionelle Gewerkschaftsbasis und *es wird zwingend notwendig, mit dem informellen Sektor und sogar den Arbeitslosen zu arbeiten*, die einen immer erheblicheren Anteil am realen Arbeitsmarkt haben.“

Die Beschlüsse des 7., 8. und 9. Nationalkongresses enthalten die wesentlichen Handlungsstrategien der CUT im Bereich der solidarischen Ökonomie. Im Beschluss des 7. CONCUR-Kongresses sind konkret die Ziele und Aufgaben der ADS aufgeführt:

„[...] die Schaffung von neuen Möglichkeiten für Arbeit und Einkommen in Organisationen mit solidarischem Charakter und der Beitrag zum Aufbau von Alternativen für soziale und nachhaltige Entwicklung; den Zugang der ArbeiterInnen zu Kredit zu demokratisieren; AgentInnen solidarischer Entwicklung auszubilden; den Zugang der ArbeiterInnen zu Informationen über staatliche Politik, Gesetzgebung und Märkte zu erweitern; technische, juristische und politische Beratung für solidarische Organisationen anzubieten“ (CONCUR 2000: 35).

Die Analyse einschlägiger Beschlüsse und Thesenpapiere der CUT zeigt, dass das Genossenschaftsprojekt sich für den Dachverband als Antwort auf die Arbeitslosigkeitskrise darstellt, die aber zugleich eine Serie von Widersprüchen mit sich bringt. So wurden Projekte einerseits innerhalb einer

5 Remígio Todeschini ist der nationale Koordinator der ADS-CUT.

Strategie zur Schaffung von Arbeit und Einkommen gegründet; andererseits ergeben sich aber Herausforderungen durch den kapitalseitigen Missbrauch der genossenschaftlichen Rechtsform, aber auch dadurch, dass unterschiedliche Gruppen von Beschäftigten entstehen: die angestellten ArbeiterInnen und die Genossenschaftsmitglieder. Auf den zweiten Sachverhalt zielt die Hauptkritik der oppositionellen Strömungen gegenüber dem Projekt der städtischen Genossenschaften, das von der Mehrheitsströmung der CUT angeführt wird. Dennoch weitet sich das Aktionsfeld der ADS-CUT im ganzen Land aus, wie die Koordinatorin in Bahia, eine ihrer Gründerinnen, darstellte. Die ADS besitzt inzwischen ein nationales Büro und mehrere auf Ebene der Bundesstaaten und Regionen und hat Genossenschaften in städtischen und ländlichen Regionen des Landes organisiert.

Im Bundesstaat Bahia unterstützt die Agentur zahlreiche Unternehmungen, sowohl im Landesinneren als auch in der Hauptstadt Salvador da Bahia. Ende des vergangenen Jahrzehnts existierten in Bahia 60 solidarische Unternehmungen, die von ADS und der genossenschaftlichen Dachorganisation *Unisol* unterstützt wurden. Die *Unisol*, 2004 durch maßgebliches Betreiben der CUT gegründet, spielt inzwischen die Hauptrolle, wenn es um die Mobilisierung, die Entfaltung von politischem Druck und die politische Vertretung genossenschaftlicher ArbeiterInnen und Mitglieder geht. Gegenwärtig sind, verteilt über alle Bundesstaaten, 800 Genossenschaften und solidarische Unternehmungen Mitglied von *Unisol*.

Methodologischer Abriss: die Befragten

Als Grundlage für diesen Artikel wurden, wie eingangs erwähnt, 15 solidarische Unternehmungen untersucht, die mit der ADS-CUT Beziehungen unterhielten oder noch unterhalten. Was die Verteilung nach Geschäftszweig anbelangt, kommt der größte Anteil der Fälle mit fünf Genossenschaften aus dem Bereich Recycling. Die übrigen Unternehmungen entstammten den Bereichen Ernährung (3), Kunsthandwerk (3), Ernährung und Kunsthandwerk (1) sowie Schneiderei (3). Mit 69% liegt der größte Teil der Unternehmen in der Stadt Salvador da Bahia. Die übrigen sind verteilt über die Municipien⁶ von Lauro de Freitas, BR-BA, Nova Esperança, BR-BA und Nova Fátima, BR-BA. Die Unternehmungen wurden zu unterschiedlichen Zeiten seit 1996 gegründet. Dies bestätigt die Ergebnisse anderer Studien, wonach ihre Verbreitung eng mit der zunehmenden strukturellen Arbeitslosigkeit während der 1990er Jahre verknüpft ist.

6 Etwa einem deutschen Landkreis entsprechend. BR-BA steht für den Bundesstaat Bahia (Anm. d. Ü.).

Insgesamt wurden 30 ArbeiterInnen aus den solidarischen Unternehmungen, befragt. Beim Profil der Befragten fällt auf, dass 80% weiblich und nur 20% männlich sind. Dies weist darauf hin, dass die Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse einige Teile der ArbeiterInnenklasse stärker betrifft als andere: in Brasilien besonders die Frauen, die Schwarzen und die jungen Menschen (Araújo 2007; Druck u.a. 2010; Hirata & Préteceille 2002). Eine der befragten Gewerkschafterinnen hob hervor, dass die CUT, obwohl sie anerkennt, dass Frauen am meisten vom Prozess der sozialen Prekarisierung der Arbeit betroffen sind, keine spezifische Politik für die genossenschaftlich organisierten Arbeiterinnen der ADS betreibt.

Mit 83% erklärte die klare Mehrheit der Befragten, dass das Hauptmotiv für die Gründung der Unternehmungen die Notwendigkeit war, ein Einkommen zu generieren. Mit Bezug auf die berufliche Laufbahn erklärten 66% der Befragten, vor Eintritt in die Genossenschaft offiziell registriert gearbeitet zu haben. Diese Daten fügen sich in die These ein, laut der Genossenschaften in der Regel für ArbeiterInnen ohne offizielle Arbeit attraktiv sind, d.h. vor allem für Arbeitslose und informell Beschäftigte (Barreto 2005). Angesichts der Schwierigkeiten, sich in den Arbeitsmarkt zu integrieren, schließen sich diese der Genossenschaftsbewegung an. Diese Tatsache weist darauf hin, dass die Genossenschaften im Allgemeinen mehr aus unmittelbaren Motiven im Zusammenhang mit dem eigenen Lebensunterhalt als aus ideologischer Affinität oder Verbindung mit den Prinzipien der solidarischen Ökonomie gegründet werden.

Schließlich sei darauf hingewiesen, dass die im Folgenden präsentierten Ergebnisse der Fallstudie aufgrund der nicht-repräsentativen Fallauswahl nicht statistisch zu verallgemeinern sind. Damit beschreiben diese Ergebnisse nicht die Gesamtheit der von der ADS-CUT in Bahia durchgeführten Arbeit (und noch viel weniger in Brasilien).

Fallstudie: Herausforderungen und Perspektiven der ADS-CUT bei der Schaffung von Arbeit und Einkommen

Das Genossenschaftsprojekt der ADS beinhaltet eine Reihe unterschiedlicher Programme: eines für solidarischen Kredit, ein Bildungsprogramm, ein Forschungsprogramm sowie ein Programm zur Bildung und Förderung von Genossenschaften. Diese Programme streben mittels des Genossenschaftswesens die Überwindung der objektiven und subjektiven Begrenzungen an, die mit der kulturellen Erfahrung der ArbeiterInnen und den ökonomischen Beschränkungen der solidarischen Unternehmungen verbunden sind. Unter diesem Gesichtspunkt zielen die Aktionen der CUT auf die Förderung eines

kulturellen Wandels ab, also auf die Änderung des Verhaltens der am Prozess beteiligten Individuen in Verbindung mit ihren beruflichen Fähigkeiten. Für die Zwecke der vorliegenden Analyse liegt das Hauptaugenmerk, wie in der Einleitung beschrieben, auf dem Ansatz der ADS-CUT zur Schaffung von Arbeit und Einkommen.

Marcos Ferraz (2005) argumentiert, dass die Beteiligung des Gewerkschaftsdachverbands an der solidarischen Ökonomie nicht nur als defensive Strategie im Sinne einer simplen Antwort auf die Arbeitslosigkeit verstanden werden dürfe. Vielmehr stelle sie eine Anstrengung zur Schaffung einer nicht nur lohnbezogenen StaatsbürgerInnenschaft dar. In diesem Sinn behauptet Ferraz, dass während der 1980er Jahre die lohnbezogene StaatsbürgerInnenschaft im Kontext des fordistischen Musters immer den Rahmen der Kämpfe der CUT dargestellt habe. Dennoch gestand in dieser Lesart die CUT mit der Krise des Fordismus und den hohen strukturellen Arbeitslosenzahlen ein, dass ihr Kampf sich nicht allein auf diesen Rahmen beschränken sollte. Sie schuf deshalb ein Projekt zur nicht lohnbezogenen StaatsbürgerInnenschaft mit dem Ziel, die Arbeitslosen durch das Genossenschaftswesen einzubeziehen. Unsere Studie geht in dieselbe Richtung. Dennoch weisen unsere Erkenntnisse zumindest in den 15 untersuchten Unternehmungen auch auf die rückschrittlichen Aspekte der nicht lohnbezogenen StaatsbürgerInnenschaft hin, insofern diese zur Verbreitung von prekären Arbeitserfahrungen beiträgt, in denen die ArbeiterInnen nicht einmal ein monatliches Mindesteinkommen zu erzielen vermögen. Darüber hinaus bezieht sich die gewerkschaftliche Arbeit zur Herstellung dieser Form der StaatsbürgerInnenschaft nicht auf eine Klassenperspektive und kann daher nicht als Mittel zur Organisation des Klassenkampfes verstanden werden.

Auch müssen wir festhalten, dass die Umsetzung des Vorschlags der nicht lohnbezogenen StaatsbürgerInnenschaft der CUT zu einem Bruch zwischen den Vorstellungen von Arbeit und Arbeitslosigkeit geführt hat, durch den die Arbeitslosen ihre Position als ArbeiterIn und als Klasse in den Hintergrund gestellt sehen. Sie werden als „StaatsbürgerInnen“ oder als „(Genossenschafts-)Mitglieder“ behandelt, nicht als ArbeiterInnen. Nach João Bosco Feitosa dos Santos (2000) muss der Begriff der Arbeitslosigkeit als Negierung der bezahlten Lohnarbeit verstanden werden. Folglich drückt so verstandene Arbeitslosigkeit Respekt gegenüber der „Entbehrung eines Verlangens“ der Arbeiterin/des Arbeiters aus, durch den Verkauf seiner Arbeitskraft die nötigen Mittel für seine Reproduktion zu erlangen. Entsprechend dieser Interpretationslinie verlieren Arbeitslose nicht ihren Charakter als ArbeiterIn, sie können nur ihren Arbeitswunsch nicht realisieren. Das Problem ist, dass das Konzept der nicht lohnbezogenen StaatsbürgerInnenschaft die

Arbeitslosen von ihrem Charakter als ArbeiterIn ablöst und sie stattdessen nur noch als „StaatsbürgerInnen“ behandelt werden. So müssen die Arbeitslosen als StaatsbürgerInnen Strategien zur Sicherung ihres Lebensunterhalts entwickeln, die nicht notwendigerweise über die Lohnarbeit führen. Schließlich werden die Arbeitslosen in die Kategorie „StaatsbürgerIn“ subsumiert und mittelbar des juristisch-institutionellen Zugangs zu Arbeitsrecht und Sozialversicherung beraubt. Somit zeigte unsere Feldforschung auch, dass die entwickelten Überlebensstrategien oftmals nicht hinreichend sind, um die wirtschaftliche Sicherheit und Ernährung der assoziierten ArbeiterInnen zu garantieren, wie die folgenden Interviewzitate bestätigen:

„In der ganzen Geschichte der Genossenschaft hat die Bezahlung nicht 150 Real pro Monat erreicht. Ich denke, das liegt daran, dass die Menschen der Arbeit der Genossenschaften kein Vertrauen entgegenbringen. Die Genossenschaften müssen höher wertgeschätzt werden.“ (Beschäftigte solidarische Unternehmung A, weiblich, Schwarze mit abgeschlossener Schulausbildung)

„Ich ziehe eine formelle Lohnarbeit vor. Ich habe schon einige Zeit formell gearbeitet. Da hatte ich meine Rechte, offiziell registriert und alles, nicht wahr? Und wenn ich informell arbeitete, habe ich nichts verdient. Es gibt überhaupt keinen Lohn. Wenn ich formell gearbeitet habe, habe ich besser verdient, konnte bessere Kleidung für meine Kinder kaufen.“ (Beschäftigte solidarische Unternehmung F, weiblich, Schwarze mit unvollständiger Grundschulausbildung).

„[W]enn du heute auf dem Arbeitsmarkt arbeitest, bist du sicher, dass du am Monatsende deinen Lohn bekommen wirst. In der Genossenschaft ist es nicht so. Die Leute wissen, dass du in der Genossenschaft mehr oder weniger als einen Mindestlohn verdienen kannst, und du bist vom offiziellen Markt abgelöst, was ein immenses Opfer bedeutet. Du arbeitest den ganzen Monat in der Genossenschaft. Und nehmen wir an, dass die Genossenschaft nicht genug Überschuss für einen Mindestlohn erzielt [...].“ (Beschäftigter solidarische Unternehmung B, männlich, Schwarzer mit nicht abgeschlossenem Studium).

Die Hoffnungen, die vielfach trotz der vorherrschenden prekären Beschäftigungsformen in die solidarische Ökonomie gesetzt werden – Hoffnungen auf das Einüben von Wissen und Können, auf die Aufrechterhaltung von Netzwerken und, allgemeiner, auf die Konstruktion einer anderen Wirtschaftsweise auf Grundlage von Solidarität und Selbstverwaltung – sehen sich durch diese Untersuchungsergebnisse nicht bestätigt. Die genossenschaftlichen ArbeiterInnen fühlen sich in der Mehrheit der Fälle nicht integriert. Ebenso wenig können sie das Minimum für den Lebensunterhalt für sich und ihre Familien erlangen. Daher verlassen sie die Ideenwelt der „solidarischen Ökonomie“ in dem Moment, in dem sie eine Gelegenheit für den Einstieg in den regulären Arbeitsmarkt finden. Auf diese Weise stellten

wir in den untersuchten Unternehmungen fest, dass es nicht möglich war, eine neue, auf Selbstverwaltung basierende Kultur der Arbeit zu schaffen.

Das Fehlen einer solchen Kultur in den untersuchten Unternehmungen kann anhand verschiedener Momente belegt werden: sowohl durch die Analyse der von den Genossenschaftsmitgliedern erfahrenen Schwierigkeiten, die Prinzipien des Genossenschaftswesens zu leben, als auch durch die Form der Arbeitsorganisation in den Unternehmungen sowie das Auftreten von Konflikten um die Form der Bezahlung (oder Entnahme von Geld) und die Aufteilung der Überschüsse. Mehr als 80% der befragten Genossenschaftsmitglieder sehen die Genossenschaft daher vorrangig pragmatisch: als eine Organisation, die ihnen Arbeit ermöglicht. Ein weiterer Indikator für das Fehlen einer Selbstverwaltungskultur ist die Reproduktion einer kapitalistischen Logik innerhalb der untersuchten Unternehmungen. In diesem Sinne versichern alle Befragten, dass bei erhöhter Nachfrage die Arbeit in der Genossenschaft intensiviert wird. Die Genossenschaftsmitglieder dehnen folglich ihre Arbeitszeit über das normale Maß von acht Stunden hinaus aus. Alle Befragten gaben zudem an, dass sie in Zeiten sehr großer Nachfrage das Mittel der Auslagerung von Arbeiten an Dritte nutzen, um die mit ihrem Kunden vereinbarten Fristen einhalten zu können. Normalerweise verfügen diese Unternehmungen schon über eine Gruppe von Personen, die in Zeiten einer Nachfragezunahme eingestellt werden:

„[...] [W]ir produzieren, was produziert werden muss, mit den Leuten, die wir zur Unterstützung aus der eigentlichen Genossenschaft zur Verfügung haben und mit Arbeitskräften von außerhalb; normalerweise lagern wir Arbeiten an Dritte aus, wenn wir Kellner oder Kellnerinnen entsprechend der Zahl brauchen, die der Kunde verlangt. [...] [A]uf unsere Aufforderung hin [...] haben diese Kurse bei SENAC belegt, um ein Zeugnis und solche Dinge zu bekommen, alles ganz korrekt, um für uns arbeiten zu können.“ (Beschäftigte solidarische Unternehmung C, weiblich, Schwarze mit nicht abgeschlossenem Studium)⁷

Schließlich hat unsere Feldforschung gezeigt, dass die ADS auf große Schwierigkeiten gestoßen ist, ihr Konzept der Schaffung von Arbeit und Einkommen für die (Genossenschafts-)Mitglieder umzusetzen. Keiner der untersuchten Unternehmungen gelang es, ihre Dienstleistungs- bzw. Produktionsaktivitäten und die damit verbundenen Einkommen kontinuierlich aufrechtzuerhalten. Auch schafften es die (Genossenschafts-)Mitglieder in keinem der Fälle, ein Mindesteinkommen in einer Höhe ähnlich dem Mindestlohn zu erzielen.

7 SENAC: *Serviço Nacional de Aprendizagem Comercial* – Nationaler Ausbildungsdienst für die Handelslehre (Anm. d. Red.).

Das *Nationale Sekretariat für Solidarische Ökonomie* (SENAES), das mit dem Ministerium für Arbeit und Beschäftigung Brasiliens verbunden ist, hat in den Jahren 2005-2007 eine Stichprobe zur Kartierung der solidarischen Ökonomie im Land durchgeführt. Diese Studie liefert interessante Daten zur Bezahlung der TeilnehmerInnen, die es uns ermöglichen, die in unserer Studie gesammelten Daten zu kontextualisieren. SENAES stellte fest, dass 2007 in den solidarischen wirtschaftlichen Unternehmungen in Brasilien 1.687.035 ArbeiterInnen beschäftigt waren. Bezüglich der Bezahlung der Beschäftigten hatten in diesem Jahr von insgesamt 21.578 untersuchten Unternehmungen 50% (d.h. 10.872) darüber Auskunft gegeben, dass ihre Mitglieder eine Bezahlung erhalten, 10% hatten erklärt, dass ihre Mitglieder, obwohl beschäftigt, kein Einkommen erzielen konnten und 40% der Unternehmungen wollten diese Frage nicht beantworten (SENAES & MTE 2005a u. b). Unter denen, die Entgelte erhielten, bekamen 38% bis zu einem halben Mindestlohn, 24% zwischen einem halben und einem Mindestlohn, 26% ein bis zwei Mindestlöhne, 10% zwei bis fünf Mindestlöhne und 2% mehr als fünf Mindestlöhne.

Diese Daten weisen auf die Notwendigkeit hin, die Untersuchungsgruppe unserer Studie auszuweiten, um zu überprüfen, ob die in den 15 Unternehmungen vorgefundene Situation auch die übrigen bei der ADS-CUT im Bundesstaat Bahia registrierten solidarischen Unternehmungen prägt. Allerdings ist es in jedem Fall bemerkenswert, dass keine der hier untersuchten Unternehmungen es schaffte, für ihre Mitglieder ein regelmäßiges Monatseinkommen zu erzielen.

Das Dilemma der politischen Repräsentation von genossenschaftlichen ArbeiterInnen

Was ihre Beziehung mit der ADS-CUT angeht, versichert lediglich knapp die Hälfte der Befragten, dass sie eine enge Beziehung mit der Agentur pflegen. In der Tat ist die Arbeit der ADS-CUT je nach Sektor unterschiedlich ausgeprägt. Am stärksten ist sie im Sektor Recycling präsent. Von allen untersuchten Geschäftszweigen (s.o.) war Recycling der einzige, in dem es ihr gelungen war, ein Netz von Genossenschaften aufzubauen, das 2010 sechs Unternehmungen umfasste. Dennoch führte die größere Präsenz der ADS-CUT nicht zu einer verbesserten Wirtschaftlichkeit, wie die ArbeiterInnen dieser Unternehmungen angaben. Laut Auskunft einer Mehrzahl der Befragten beschränkte sich ihre Zusammenarbeit mit der Agentur auf Ausbildungskurse. Eine gängige Klage bezog sich dabei auf die Abwesenheit der ADS-CUT am Ort der Unternehmungen selbst. Auf diese Weise

bestätigen die Befragten, dass sie sich von der ADS nicht vertreten fühlten. Selbst die, die an Ausbildungskursen der Agentur teilgenommen hatten, konnten keine Fortschritte bei der politischen Repräsentation erkennen, welche sich die ADS-CUT ursprünglich vorgenommen hatte. Tatsächlich argumentierte der Koordinator der ADS-BA, dass die Agentur mit Blick auf die Konsolidierung der politischen Repräsentation mit anderen Institutionen zusammen die bereits erwähnte Unisol Brasilien gegründet hat. So bleibt die gegenwärtige Arbeit der ADS eher auf die Bildungsarbeit zur technischen Unterstützung der Unternehmungen beschränkt. Sobald sie sich konsolidiert haben, sollen diese dann Mitglied bei Unisol werden.

Der Koordinator der ADS-CUT in Bahia erklärte auch, dass die Arbeit der Agentur Salvador da Bahia und in den urbanen Zentren im Vergleich zu den ländlichen Regionen erst am Anfang stehe. Dies liege daran, dass Genossenschaften und Zusammenschlüsse in ländlichen Regionen historisch gesehen üblicher sind. Ein weiterer erklärender Faktor für das schwache Auftreten der ADS-CUT in den Städten war nach Angaben des Befragten das Fehlen von Ressourcen der Agentur. In ihren ersten Jahren unterzeichnete die ADS-CUT einen Pakt zur Zusammenarbeit mit niederländischen Institutionen, die während dieser Periode die Finanzierung der Arbeit der Agentur garantierten, insbesondere die Bezahlung der ExpertInnen. Nach der Wahl Lulas zum Präsidenten rutschte Brasilien aber auf der Prioritätenliste internationaler Geberinstitutionen nach unten. Der Verlust dieser Finanzierungen führte die ADS in eine Krise, da sich ihre finanziellen Ressourcen reduzierten. Wie der Befragte darlegte, verfügt die Agentur heute für ihre Arbeit über Finanzierung aus dem *Fundo de Amparo ao Trabalhador* (Unterstützungsfonds des brasilianischen Arbeitsministeriums für die ArbeiterInnen) und der staatlichen Bank *Banco do Brasil*. Nichtsdestotrotz wurden die Möglichkeiten zur Anstellung von ExpertInnen für die Arbeit der ADS drastisch reduziert, zumal auch andere Institutionen, welche die solidarische Ökonomie unterstützen, mit der Agentur um die öffentlichen Gelder konkurrieren.

Was Unisol Brasilien anbelangt, wird die Situation noch komplizierter. So versichert die überwiegende Mehrzahl der Befragten, dass ihre Unternehmungen keine Verbindung zu diesem Dachverband haben. Unter den Genossenschaftsmitgliedern, die versicherten, Unisol zu kennen, herrscht die Einschätzung vor, dass vom Dachverband keine Unterstützung zu erwarten ist. Daher fühlen sie sich nicht motiviert, Mitglied der Institution zu werden. Einer der Befragten erklärte beispielsweise, dass Unisol im Bereich Recycling eine Arbeit politischer Repräsentation der genossenschaftlichen Unternehmen im Zusammenhang mit einem „Müllzentrum der BürgerInnen“, wie

es vom Dachverband selbst genannt wird, realisiert hat. Trotzdem haben die Befragten dieser Unternehmung eine negative Einschätzung der Arbeit des Dachverbands, da dieser ihrer Meinung nach vor Ort präsenter und aktiver sein sollte.

Ein Großteil der Befragten versicherte, dass Unisol ebenso wie die Bewegung der solidarischen Ökonomie im ländlichen viel stärker als im städtischen Bereich vertreten ist. Daher bemerken sie in Salvador da Bahia eine Entfremdung zwischen dem Dachverband einerseits und den solidarischen Unternehmungen sowie den assoziierten ArbeiterInnen andererseits. Die Ergebnisse der Studie weisen darauf hin, dass die Hauptschwierigkeiten für die Unternehmungen, Mitglied bei Unisol zu werden, in zwei Bereichen liegen: erstens darin, dass einige Unternehmungen des Sektors nicht offiziell registriert sind, dass sie also aus juristischer Sicht noch nicht als Genossenschaft eingetragen sind, auch wenn sie sich selbst so bezeichnen; und zweitens in der Höhe des Beitrags, der für den Unterhalt von Unisol gezahlt werden muss.

In Bezug auf die Organisationsstruktur und Funktionsweise von Unisol zeigte sich in unserer Feldstudie, dass der Unisol mit den gleichen Fehlern geboren zu sein scheint wie die CUT selbst: einer starken Hierarchisierung und einem hohen Grad der Institutionalisierung. In diesem Sinne legte die Mehrheit der Befragten dar, dass eines der hauptsächlichen Probleme von Unisol ihre Entfremdung vom Ort der Unternehmungen ist. Die Entfremdung zwischen der Unisol und ihrer Basis ist sogar noch größer bei der CUT, da der Dachverband der Genossenschaften und der solidarischen Unternehmungen hinsichtlich Größe und ökonomischer Kapazität nicht den gleichen Verwaltungsapparat wie die CUT besitzt. Somit gelingt es der Unisol nicht, ihre Arbeit zu technischer, ökonomischer und juristischer Unterstützung vollumfänglich durchzuführen. Darüber hinaus sind die Mitglieder der Mitgliedsorganisationen von Unisol Brasilien im Allgemeinen technisch nicht qualifiziert genug, um die Unternehmen zu begleiten und ihren Bedürfnissen zu entsprechen, was den Dachverband abhängig von externen BeraterInnen macht. Normalerweise verfügen diese BeraterInnen über eine spezifische Ausbildung (Buchhaltung, solidarische Ökonomie, Verwaltung, Soziologie, Sozialarbeit, Jura usw.) und werden von Unisol Brasilien angestellt. Da die Mitgliedsbeiträge zur Finanzierung der Arbeit unzureichend sind, hängt die Aufrechterhaltung der Verträge von der Erlangung externer Finanzierung durch Partnerschaften mit Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen ab.

Zusammengefasst gesprochen zeigen die Befragten auf, wie das Fehlen finanzieller Ressourcen und eines starken Verwaltungsapparats wie auch das Fehlen technischer Qualifikation bei den Mitgliedsorganisationen – das

seinerseits den Prozess der Anstellung von BeraterInnen zu einem zentralen Element für die Arbeit macht – den Grad der Bürokratisierung von Unisol verstärkt.

Schlussfolgerungen

Wie wir gesehen haben, haben die Deregulierung des Arbeitsmarkts, die strukturelle Arbeitslosigkeit und die neuen Beschäftigungsformen zusammen mit dem neuen Entwicklungsmodell Brasiliens die brasilianische Gewerkschaftsbewegung vor schwerwiegende Herausforderungen gestellt. Um diesen Herausforderungen zu begegnen, ist die Gewerkschaftsbewegung dazu übergegangen, neue Agenden und Praktiken, die früher vernachlässigt worden waren, zu übernehmen, so auch im Bereich der solidarischen Ökonomie. Bezüglich dieses Bereichs betrachtet die CUT das Genossenschaftswesen als einen Weg, um den Forderungen nach Schaffung von Arbeit und Einkommen sowie nach politischer Repräsentation der informellen ArbeiterInnen und Arbeitslosen zu nachzukommen. In diesem Sinne hat die CUT ab 1999 mit der Gründung der ADS eine Serie von Aktivitäten entwickelt. Wenn auch die Aktivitäten der CUT im Bereich der solidarischen Ökonomie auf der einen Seite die Anstrengungen des Dachverbands gezeigt haben, sich mit der prekären Situation der informellen ArbeiterInnen und Arbeitslosen auseinanderzusetzen, zeigte die hier gerafft präsentierte Feldstudie, dass noch viel zu tun bleibt. Aufmerksamkeit erregt dabei vor allem die Tatsache, dass es keines der untersuchten Unternehmen vermag, Dienstleistungen oder Produktion kontinuierlich aufrechtzuerhalten und so den (Genossenschafts-)Mitgliedern ein reguläres, regelmäßiges Einkommen zu bieten.

In Bezug auf das Dilemma der politischen Repräsentierung ist hervorzuheben, dass die Existenz von Unisol als Dachverband der solidarischen Unternehmungen extrem positiv ist. Ohne Zweifel war der Beitrag von ADS-CUT zum Aufbau von Unisol Brasilien in politischer Hinsicht das Hauptergebnis. Dennoch zeigte die Feldstudie, dass die ADS-CUT und die Unisol Brasilien bei der Vertretung der Forderungen der (Genossenschafts-)Mitglieder auf gewichtige Hindernisse stoßen. Eine der Hauptherausforderungen, denen die beiden Institutionen gegenüberstehen, ist die Notwendigkeit, mit der Entfremdung vom Arbeitsort der (Genossenschafts-)Mitglieder zu brechen. Darüber hinaus verstärken das Fehlen finanzieller Ressourcen und die Abwesenheit eines starken Verwaltungsapparats diese Entfremdung der Führung der Institutionen von ihrer Basis.

Selbstverständlich können die Ergebnisse der empirischen Studie nicht auf die Gesamtgruppe der von ADS-CUT begleiteten und von Unisol Brasilien

repräsentierten Unternehmungen verallgemeinert werden – und noch viel weniger auf die Gesamtheit der mit der solidarischen Ökonomie verbundenen Unternehmungen. Trotzdem können wir einerseits schlussfolgern, dass die Integration des Modells der solidarischen Ökonomie die Anstrengungen der CUT dokumentiert, auf Problematiken wie Massenarbeitslosigkeit sowie die fehlende politische Repräsentation der informellen ArbeiterInnen und Arbeitslosen einzugehen. Andererseits besteht weiterhin die Herausforderung, diese Anstrengungen effektiver zu machen, wie wir in unserer Untersuchung der konkreten Erfahrungen der gemeinschaftlichen Arbeit in den von ADS-CUT und Unisol Brasilien unterstützten Unternehmungen feststellen konnten.

Übersetzung aus dem Brasilianischen: Ernst Müller

Literatur

- Alves, Giovanni (2000): „Do ‘novo sindicalismo’ à ‘concertação social’. Ascensão (e crise) do sindicalismo no Brasil (1978-1999)“. In: *Revista de Sociologia e política*, Nr. 15, S. 111-124, <http://dx.doi.org/10.1590/S0104-44782000000200008>.
- Alves, Giovanni (2002): „Trabalho e sindicalismo no Brasil. Um balanço crítico da ‘década neoliberal’ (1990-2000)“. In: *Revista de Sociologia e Política*, Nr. 19, S. 71-94, <http://dx.doi.org/10.1590/S0104-44782002000200006>.
- Antunes, Ricardo (1997): *Adeus ao trabalho? – Ensaio sobre as metamorfoses e a centralidade do mundo do trabalho*. 3. Aufl., São Paulo, BR-SP.
- Araújo, Angela (2007): *Trabalho, precarização e relação de gênero em tempos de flexibilização e reestruturação produtiva*. XIII Congresso Brasileiro de Sociologia (29/05-01/06 2007). Recife, BR-PE.
- Barreto, Theo da Rocha (2005): *Trabalhadores informais e desempregados: a precarização como homogeneização ‘sui generis’ na formação dos ‘sem emprego’. Um estudo sobre a trajetória de trabalhadores informais e desempregados na RMS, no final do século XX*. (Tese de mestrado) do Programa de Pós-graduação em Ciências Sociais, Universidade Federal da Bahia, Salvador, BR-SP.
- CONCUT – Coordenação Nacional do 7º CONCUT (1997): *Resoluções e imagens do 6º Congresso Nacional da CUT*. Ohne Ort.
- CONCUT – Coordenação Nacional do 7º CONCUT (2000): *Resoluções e imagens do 7º Congresso Nacional da CUT*. Ohne Ort.
- CONCUT – Coordenação Nacional do 9º CONCUT (2006): *Trabalho e Democracia. Emprego, renda e direitos para todos os trabalhadores e trabalhadoras*. Resoluções do 9º Congresso Nacional da CUT, <https://www.cut.org.br/system/uploads/document/89c082842a387138814fd152d5f00c73/file/9-congresso-nacional-da-cut-9-concut-05-a-09-06-2006.pdf>, letzter Aufruf: 15.7.2016.
- D’Araújo, Maria Celina (2009): *Os ministros da Nova República. Notas para entender a democratização do poder executivo*. http://www.escoladegestao.pr.gov.br/arquivos/File/Material_%20CONSAD/paineis_II_congresso_consad/painel_60/os_ministros_da_nova_republica.pdf, letzter Aufruf: 15.7.2016.

- Druck, Graça (1996): „Globalização, reestruturação produtiva e movimento sindical“. In: *Caderno CRH*. Nr. 24/25, S. 21-40, Salvador. www.cadernocrh.ufba.br.
- Druck, Graça (1999): *Terceirização: (des)fordizando a fábrica – um estudo do complexo petroquímico de Camaçari*. Campinas, BR-SP.
- Druck, Graça; Luiz Paulo Jesus de Oliveira & Selma Cristina Silva de Jesus (2010): „Precarização social do trabalho no Brasil. O caso da vulnerabilidade dos jovens e dos sindicatos“. In: Braga, Thaiz; Francisco Vidal & Laumar Neves (Hg.): *Trabalho em questão*. Salvador, BR-BA.
- Ferraz, Marcos (2005): *Da cidadania salarial à Agência de Desenvolvimento Solidário: o Sindicalismo-CUT e os desafios para inventar uma nova cidadania*. Tese doutorado, Programa de Pós-Graduação em Sociologia da Faculdade de Filosofia, Letras e Ciências Humanas da Universidade de São Paulo, São Paulo, BR-SP.
- Filgueiras, Luiz (2006): „O neoliberalismo no Brasil: estrutura, dinâmica e ajuste do modelo econômico“. In: Basualdo, Eduardo M.; Arceo, Enrique: *Neoliberalismo y sectores dominantes. Tendencias globales y experiencias nacionales*. Buenos Aires.
- Filgueiras, Luiz (2013): „A natureza do atual padrão de desenvolvimento brasileiro e o processo de desindustrialização“. In: *Coleção Pensamento Crítico*, Bd. 4, S. 1-62.
- Galvão, Andréia (2003): *Neoliberalismo e reforma trabalhista no Brasil*. Tese doutorado, Departamento de Ciência Política do Instituto de Filosofia e Ciências Humanas da Universidade Estadual de Campinas Campinas, BR-SP.
- Hirata, Helena, & Edmond Préteceille (2002): „Trabalho, exclusão e precarização socioeconômica – o debate das ciências sociais na França“. In: *Caderno CRH*. Salvador, Bd. 5, Nr. 37, S. 47-80, <http://www.cadernocrh.ufba.br/include/getdoc.php?id=940&article=130&mode=pdf>, letzter Aufruf: 15.7.2016.
- Krein, José Dari (2013): „As transformações do mundo do trabalho e as tendências das relações de trabalho na primeira década do século XXI“. In: *Revista NECAT*, Bd. 2, Nr. 3, S. 6-25, <http://incubadora.periodicos.ufsc.br/index.php/necat/article/view/2785/3313>, letzter Aufruf: 15.7.2016.
- Magalhães, Reginaldo Sales, & Remígio Todeschini (2003): „Sindicalismo e economia solidária. Reflexões sobre o projeto da CUT“. In: Singer, Paul; André Ricardo de Souza (Hg.). *A economia solidária no Brasil. A autogestão como resposta ao desemprego*. 2. Aufl., São Paulo, BR-SP, S. 135-158.
- Noronha, Eduardo G. (2009): „Ciclo de greves, transição política e estabilização. Brasil, 1978-2007“. In: *Lua Nova*, Nr. 76, S. 119-168, <http://www.scielo.br/pdf/ln/n76/n76a05.pdf>, letzter Aufruf: 15.7.2016.
- Pochmann, Márcio; Reginaldo Muniz Barreto & Sérgio Eduardo Arbulu Mendonça (1998): „Ação sindical no Brasil. Transformações e perspectivas“. In: *São Paulo em Perspectiva*, Bd. 12, Nr. 1, S. 10-23.
- Rodrigues, Iram Jácome; Mario Henrique Guedes Ladosky (2015): „Paradoxos do sindicalismo brasileiro. A CUT e os trabalhadores rurais“. In: *Lua Nova*, Nr. 95, S. 87-142, <http://dx.doi.org/10.1590/0102-6445087-142/95>.
- Rodrigues, Leôncio Martins (1998): „O declínio das taxas de sindicalização. A década de 80“. In: *Revista Brasileira de Ciências Sociais*. Bd. 13, Nr. 36, <http://www.scielo.br/pdf/rbcsoc/v13n36/36leoncio.pdf>, letzter Aufruf: 15.7.2016, <http://dx.doi.org/10.1590/S0102-69091998000100003>.
- Santos, Boaventura de Sousa (2002) (Hg.): *Produzir para viver. Os caminhos da produção não capitalista*. Rio de Janeiro, BR-RJ.
- Santos, João Bosco Feitosa dos (2000): *O avesso da maldição do Gênesis. A saga de quem não tem trabalho*. São Paulo, BR-SP.

Singer, Paul (2002): „A recente ressurreição da economia solidária no Brasil“. In: Santos 2002, S. 81-129.

SENAES – Secretaria Nacional de Economia Solidária & MTE – Ministério do Trabalho e Emprego (2005a): *Atlas da Economia solidária no Brasil (2005)*. http://base.socioeco.org/docs/sies_atlas_parte_1.pdf, letzter Aufruf: 15.7.2016.

SENAES – Secretaria Nacional de Economia Solidária & MTE – Ministério do Trabalho e Emprego (2005b): *Programas e ações de apoio à economia solidária e geração de trabalho e renda no âmbito do governo federal*. Brasília. http://www.economiaviva.com.br/sites/default/files/Geracao_Trabalho_Renda.pdf, letzter Aufruf: 15.7.2016.

Anschrift der Autorin:

Selma Cristina Silva de Jesus

selmacsj@gmail.com